



Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 24. März 2022
eingebracht von GRⁱⁿ Sabine Reininghaus

Betreff: **Whistleblower-Plattform der Stadt Graz**

Korruption, Freunderlwirtschaft und das Handeln im persönlichen Interesse schaden dem Ruf der österreichischen Verwaltung und der Politik insgesamt. Um Korruption vorzubeugen, braucht es klare Rahmenbedingungen, Transparenz und die Möglichkeit, potenzielle Verdachtsfälle von Korruption zu melden.

Whistleblower-Plattformen leisten international bereits einen großen Beitrag im Kampf gegen Korruption. Betroffene bekommen dadurch die Möglichkeit, verschiedene Missstände wie zB. Korruptionsfälle oder Freunderlwirtschaft aufzuzeigen.

In Österreich besteht diese Möglichkeit aktuell nur über die FMA und die WKStA bzw. können die Wiener Bürger_innen und Bediensteten über die erst unlängst eingerichtete Whistleblower-Plattform anonyme Meldungen einbringen. Mit Stand Ende Jänner gab es dort bereits 197 Eingänge zu verzeichnen.

Auch das Grazer Polit-System hat solch eine Plattform bitter nötig. Nicht zuletzt der FPÖ-Finanzskandal zeigt uns nach wie vor die Dringlichkeit und den Handlungsbedarf. Erst gestern wurde medial bekannt, dass durch einen anonymen Hinweis im Grazer Rathaus die Innenrevision zur Prüfung der Grazer Bau- und Anlagenbehörde tätig werden musste. Auch in diesem Fall ist die Bedeutung eines klar geregelten und geschützten Rahmens erkennbar.

Bedauerlicherweise wurde die EU-Whistleblower-Richtlinie in Österreich nach wie vor nicht umgesetzt, weshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde.

Die Stadt Graz kann nun mutig voranschreiten und mit einer stadteigenen Whistleblower-Plattform den Bürger_innen und Bediensteten der Stadt Graz diesen klar geregelten und geschützten Rahmen bieten.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Umsetzung einer Whistleblower-Plattform in der Stadt Graz zu prüfen, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Bedienstete die Möglichkeit bekommen, unbürokratisch, anonym und sicher, konkrete Verdachtsfälle von Korruption und Freunderlwirtschaft zu melden.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu informieren.